

Das fordern Aargauer Politiker gegen den starken Franken

Politikerforderungen An den Börsen ging es nach der Bonitätsabstufung der USA drunter und drüber. Noch mehr Sorge bereitet uns der massiv überbewertete Franken. Devisenkäufe der SNB sind 2010 verpufft. Jetzt sollen ein Leitzins nahe null und Geld drucken helfen. Reicht das? Unsere Parlamentarier sehen einen ganzen Strauss möglicher Massnahmen.

VON MATHIAS KÜNG

Seit Offenbarwerden der nach Griechenland ständig weitere Länder erfassenden Schuldenkrise ist der Euro gegenüber dem Franken im Sturzflug. Dieser Tage erreichte der Franken sogar beinahe die Parität zum Euro. Parallel dazu stürzt der Dollar ab. Auch dies ist mit der horrenden Staatsverschuldung der USA erklär-

bar. Schweizer Schnäppchenjäger, die im grenznahen Ausland so günstig wie nie einkaufen können, freuts.

Ganz anders die Exportwirtschaft. Sie leidet enorm. Der pickelharte Franken wird zur Belastungsprobe für unsere Volkswirtschaft. Massive Eurokäufe der Nationalbank im Frühjahr 2010 verpufften. Auch die Ankündigung vor wenigen Tagen, den Leitzins auf nahe Null zu senken

und auf 120 Milliarden Franken erhöhte Giroguthaben der Banken und Devisenswaps schienen die Märkte nicht zu beeindrucken. Nach der Bekräftigung der jüngsten und lautem Nachdenken über weitere Massnahmen bis hin zur vorübergehenden Anbindung des Frankens an den Euro hat sich der Franken am Donnerstag und Freitag etwas abgeschwächt. Die Lage bleibt äusserst angespannt.



Nationalbank unterstützen

Die Politik darf jetzt nicht überall schrauben, kritisieren und fordern, sondern muss geeint die Massnahmen der SNB unterstützen, die mit allen Mitteln versuchen muss, den Wechselkurs zu normalisieren zur Rettung von Arbeitsplätzen. Kaum ein Betrieb kann es verkraften, dass er für seine Exportprodukte in kurzer Zeit noch 60% des Preises erhält, seine Kosten aber gleich bleiben. Das erfordert die verständnisvolle Zusammenarbeit zwischen Sozialpartnern und die Treue der Konsumenten. Ich frage mich, warum der Preisüberwacher nicht eingreift, wenn Grosshandelsfirmen einmal jährlich den Eurokurs festlegen und jetzt masslos garnieren.

CHRISTINE EGGERSZEGI, STÄNDERÄTIN FDP



Reserven unsinnig verpufft

Die 40 Mrd. Franken, die unsere Nationalbank 2010 mit unsinnigen Fr.-Stützungsoperationen in den Sand gesetzt hat, fehlen jetzt. Dieses Geld hätte man weit besser zur Absicherung von Währungsrisiken der Exportwirtschaft und des Inland-Tourismus eingesetzt. Nun fehlt es! Man kann als kleines Land seine Währung im Alleingang gegen eine globale Marktmacht ohnehin nicht stützen. Wahrscheinlich hätte eine Absprache mit Staaten wie Norwegen, Schweden, Japan oder Brasilien mehr gebracht. Nun gilt es, mit aller gesetzgeberischen Kraft dafür zu sorgen, dass Importgewinne an Wirtschaft und Verbraucher weitergegeben werden.

MAXIMILIAN REIMANN, STÄNDERAT SVP



Druck auf Importbranche

Jeder muss dort handeln, wo er kann und zuständig ist. Für das Parlament steht also nicht die Geldpolitik der unabhängigen SNB im Zentrum, sondern der Handlungsspielraum von Weko und Preisüberwacher: Wer von Währungsgewinnen profitiert, muss diese weitergeben. Das entlastet Exportindustrie, Tourismus, die dort tätigen Angestellten und Konsumenten. Dafür braucht es eine sofortige Praxisänderung der viel zu zurückhaltenden Weko und eine Verschärfung des Kartellgesetzes.

PASCAL BRUDERER, NATIONALRÄTIN SP



Bundesrat/SNB gefordert

Bundesrat und SNB sind gefordert, Massnahmen zu ergreifen. Die Überbewertung des Frankens schadet der Exportwirtschaft und dem Tourismus gewaltig. Das gefährdet Arbeitsplätze. Von den Arbeitgebern erwarte ich Kreativeres als Entlassungen. Etwa mehr Innovation, Optimierung der Abläufe und Bildung von firmenübergreifenden Einkaufspools. Im Parlament kommt es auf Initiative von SP und Grünen im September zu einer Sondersession über die Wirtschaftslage.

MAX CHOPARD, NATIONALRAT SP



SNB nicht verpolitizieren

Die SNB darf nicht verpolitisiert werden, ihre Unabhängigkeit muss bleiben. Rasches und konsequentes Handeln ist jedoch zwingend, die Lage wurde lange unterschätzt. Die Schweiz darf nicht zum Spielball von Spekulanten werden. Währungsgewinne müssen sofort an Konsumenten weitergegeben werden. Dafür braucht es Preisüberwachung und Weko. Auch dürfen Arbeitszeiterhöhungen bei genügender Auftragslage sowie vorübergehende Inflation kein Tabu sein.

ESTHER EGGER, NATIONALRÄTIN CVP



Notfalls Anbindung an Euro

Wir erfahren nun, welch kleines Rädchen die Schweiz im globalen Wirtschaftsgefüge ist – trotz schlagkräftiger Wirtschaftsleistung und fleissiger Menschen. Zum Schutz der Arbeitsplätze, unseres Arbeitsplatzes und unserer erfolgreichen und innovativen Exportwirtschaft befürworte ich als letzte Massnahme auch die Anbindung des Frankens an den Euro. So schnell wie möglich sollten die Konsumenten vom tiefen Euro auf importierte Güter profitieren können.

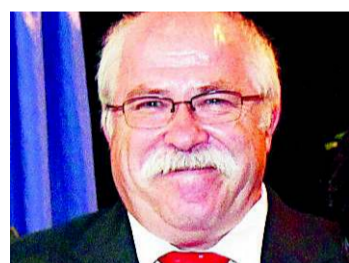
CORINA EICHENBERGER, NATIONALRÄTIN FDP



Die Wirtschaft entlasten

Ein starker Franken ist Ausdruck des Vertrauens in unser Land. Es ist die Aufgabe der SNB, dafür zu sorgen, dass dies nicht zu unserem Schaden wird. Gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass gewisse erleichternde Massnahmen für die Wirtschaft, vor allem auch für die Exportwirtschaft getroffen werden: Der rasche Abbau von einschränkenden Gesetzesbestimmungen, Steuererleichterungen, tiefe Gebühren, Abgaben und Reduktion der Energie- und Transportkosten.

SYLVIA FLÜCKIGER, NATIONALRÄTIN SVP



Strauss von Massnahmen

Die SNB sollte mit aller Konsequenz intervenieren, alle vorhandenen Instrumente sind zu nutzen. Geldmenge ausdehnen, mit Fremdwährungen allenfalls investieren in Rohstoffe, strategische Investitionen tätigen. Befristete Massnahmen: Subventionsgesetz ausser Kraft setzen (damit Aufträge von Bund/Kantonen im Land bleiben) MwSt-Senkung für Gastrobranche und Tourismus, Zölle reduzieren. Klare SNB-Kommunikation bezüglich Wechselkurs zu Dollar und Euro.

LIENI FÜGLISTALLER, NATIONALRAT SVP



Negativzinsen tun not

Warum hat die Welt nur noch Vertrauen in die Schweiz? Warum fliessen riesige Geldströme in unser Land? Sicherheit, Stabilität werden in schwierigen Zeiten einer hohen Verzinsung vorgezogen. Die Seriosität unseres unabhängigen Landes strahlt uns unberechtigt. Die EU ist am Boden! Negativzinsen und eine vorübergehende Erhöhung der Geldmenge tun leider not. Verlorene Arbeitsplätze werden später nur schwerlich geschaffen. Der Bundesrat sollte endlich entscheiden!

UELI GIEZENDANNER, NATIONALRAT SVP



Ausweg: Geld drucken

Masslos überschuldete EU-Staaten und die USA haben unseren stolzen Franken zu stark gemacht. Die Eurokäufe der SNB 2010 von 191 Milliarden Franken bei einem Kurs von Fr. 1.45 waren überstürzt und wirkungslos. Heute ist der hoch überbewertete Franken ein Grossrisiko für Industrie und Gewerbe, aber auch für die Löhne und Pensionskassen. Die SNB ist gefordert. Da ihr bald die Eigenmittel fehlen, ist milliardenweises Geld drucken wahrscheinlich der einzige Ausweg.

WALTER GLUR, NATIONALRAT SVP



Für ein Wechselkursziel

Währungspolitik darf als Aufgabe der unabhängigen SNB nicht verpolitisiert werden. Trotz Inflationsrisiko bin ich für die Definition eines Wechselkursziels mit einer Untergrenze zum Euro. Politisch ist das Wettbewerbsrecht durchzusetzen, Währungsgewinne sind an Konsumenten und Unternehmen weiterzugeben. Zur Erhaltung der Arbeitsplätze unterstütze ich Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen für Innovationen und die Exportrisikoversicherung.

RUTH HUMBEL, NATIONALRÄTIN CVP



Spekulation unterbinden

Die Schweiz zahlt für ihre seriöse Finanzpolitik einen teuren Preis! Die Frankenstärke schwächt unsere Exportwirtschaft. Sie muss durch Produktionsoptimierung und Arbeitszeitverlängerung korrigieren. Die Politik kann durch Verminderung von Abgaben und Steuern und günstige Energie helfen. Sonst wandern Teile der Produktion ins Ausland ab. Die SNB muss aufzeigen, wie Franken-Spekulationen unterbunden werden können, die Politik muss dann gesetzgeberisch handeln.

HANS KILLER, NATIONALRAT SVP



Demokratie in den Firmen

Neu ist, dass nicht nur arme Staaten überverschuldet sind, sondern auch deren Lehrmeister, die totalen Liberalismus predigten. Ein paar tausend Leute besitzen heute mehr Kapital als alle Staaten. Folge einer weltweiten Steuerabbaukampagne. Darunter leiden v. a. die Menschen, die arbeiten. Mit den eingesparten Geldern spielen die nun Casino und verwetten unsere Einlagen. Was tun? Mehr Demokratie in den Firmen, progressive Steuern, Spekulanten aus dem Spiel nehmen.

GERI MÜLLER, NATIONALRAT GRÜNE



Wenn, dann konsequent

Zuständig für die Währungspolitik ist einzig die SNB. 2009 und 2010 hat sie für 191 Milliarden Franken ausländische Devisen gekauft. Trotzdem ist der Frankenkurs weiter gestiegen. Eine Schwächung des Frankens ist nur über eine massive Geldmengen-Ausweitung und Interventionen am Devisenmarkt zu erreichen. Wenn, dann müsste dies mit aller Konsequenz durchgezogen werden. Die Risiken einer solchen Aktion sind enorm. Das bedeutet Inkaufnahme von Inflation.

PHILIPP MÜLLER, NATIONALRAT FDP



Goldverkauf war ein Fehler

Vor allem die SNB ist gefordert. Sie darf sich aber keinesfalls in die verantwortungslose Politik der USA und EU einbinden lassen, die ihre Währungen ruinieren. Bei Ausweitung der Geldmenge wäre es wichtig, einen Teil der Mittel (auch) in Sachwerte zu investieren. Die SNB darf nur Schweizer Interessen verfolgen. Auf Druck des Auslands «Rettingfallschirme» mitzufinanzieren und Staatsanleihen zu kaufen, ist falsch. Es war ein kapitaler Fehler, die Goldreserven zu verkaufen.

LUZI STAMM, NATIONALRAT SVP



Kurs von 1.30 verteidigen

Die SNB muss mit ihrer Geldpolitik einen fixen Wechselkurs von mindestens Fr. 1.30 verteidigen. Die Währungsgewinne bei den Importen müssen endlich an die Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben werden, sodass nicht nur diejenigen, die nahe der Grenze leben, vom hohen Frankenkurs profitieren können. Völlig falsch sind generelle Steuerermässigungen, weil die Unternehmen, die Währungsgewinne machen, doppelt entlastet würden.

DORIS STUMP, NATIONALRÄTIN SP



Werkplatz erhalten

Wir bezahlen den Preis dafür, dass wir vieles besser gemacht haben. Wir haben die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder machen wir nichts, dann verlieren wir viele Industriearbeitsplätze und die Exportwirtschaft wandert ab. Oder die SNB fixiert den Wechselkurs mit dem Euro bei mindestens 125 mit vielen 100 Milliarden. In diesem Falle handeln wir uns eine grössere Inflation ein. Ich vertraue auf die SNB und hoffe, sie entscheide sich für den Arbeitsplatz.

MARKUS ZEMP, NATIONALRAT CVP